



Information zur Verarbeitung personenbezogener Daten nach EU-DSGVO

Einrichtung/Bereich: Jugendhilfeangebot "Schulsozialarbeit" nach §13a KJSG

Stand: 09.02.22

Zweck der Datenverarbeitung:

Das Angebot der Schulsozialarbeit ist ein freiwilliges Beratungsangebot für alle am Schulstandort lernenden jungen Menschen. Schulsozialarbeit begleitet diese im persönlichen Prozess des Aufwachsens und Erwachsen-Werdens und unterstützt bei der Bearbeitung von Fragen und Themen in der Lebensbewältigung.

Die gesetzlichen Grundlagen der Schulsozialarbeit finden sich in § 13a Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG). Zu den Aufgaben gehört die Einzelfall- und Konflikthilfe, Gruppenarbeit sowie Eltern- und Netzwerkarbeit. Personenbezogene Daten werden als Arbeits- und Informationsgrundlage zur Erfüllung der vorgeschriebenen Aufgaben sowie zur Sicherung des Kindeswohls nach §8a SGB VIII erfasst.

Nach § 203 Abs.1 Nr.5 Strafgesetzbuch sind Sozialarbeiter*innen schweigepflichtig sofern keine Schweigepflichtsentscheidung oder eine Offenbarungspflicht oder -befugnis im Fall einer Kindeswohlgefährdung vorliegt.

Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung:

- Verarbeitung aufgrund rechtlicher Verpflichtungen (Art. 6 Absatz 1c DSGVO)
- Verarbeitung zum Schutz lebenswichtiger Interessen (Art. 6 Absatz 1d DSGVO)
- Verarbeitung zur Wahrung berechtigter Interessen des Verantwortlichen (Art. 6 Absatz 1f DSGVO)
- Verarbeitung auf Grundlage einer Einwilligung (Art. 6 Absatz 1a DSGVO)

Kategorien von Datenempfängern:

- natürliche Personen
z. B. Angehörige, Betreuer/innen, Mitarbeiter/innen der AWO und anderer Einrichtungen
- soziale Einrichtungen
z. B. Beratungsstellen
- medizinische Einrichtungen
z. B. Ärzte
- Bildungseinrichtungen
z. B. Fachkräfte der Schule
- Behörden
z.B. Jugendamt

Datenübermittlung in Drittländer / an internationale Organisationen

- Es erfolgt keine Datenübermittlung in Drittländer / an internationale Organisationen

Dauer der Verarbeitung (Löschfrist bzw. Kriterien für die geplante Speicherdauer)

Wir bewahren personenbezogene Daten maximal bis zum Verlassen der Schule auf. Danach werden die Unterlagen gelöscht.

In begründeten Fällen, z. B. bei Kindeswohlgefährdung, kann sich die Aufbewahrungsdauer auf 10 bis maximal 30 Jahren verlängern.

Betroffenenrechte

Recht auf Auskunft

Sie haben das Recht, Auskunft darüber zu verlangen, ob personenbezogene Daten zu Ihrer Person von unserem Unternehmen verarbeitet werden. Diese Auskunft ist grundsätzlich unentgeltlich. Im Vorfeld der Auskunftserteilung kann es notwendig werden, Ihre Identität zweifelsfrei sicherzustellen.

Recht auf Berichtigung

Sie haben das Recht, unrichtige personenbezogene Daten die Ihre Person betreffen, berichtigen zu lassen. Dies schließt die Vervollständigung unvollständiger Daten zu Ihrer Person mit ein.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Unter bestimmten Umständen haben Sie das Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten insbesondere wenn die Richtigkeit der Daten durch Sie bestritten wird, die Verarbeitung der Daten unrechtmäßig erfolgt, die Daten für eine Verarbeitung nicht länger benötigt werden oder ein Widerspruch gegen die Datenverarbeitung eingelegt wurde.

Recht auf Löschung

Sie haben das Recht, die unverzügliche Löschung personenbezogener Daten zu verlangen, die Ihre Person betreffen. Eine Löschung muss nicht erfolgen, sofern die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung erfolgt, die Daten zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen benötigt werden, ein öffentliches Interesse an der Datenverarbeitung im Bereich der öffentlichen Gesundheit besteht, Daten im Rahmen von Archivzwecken oder historischen und wissenschaftlichen Forschungszwecken verarbeitet werden oder zur Verteidigung von Rechtsansprüchen notwendig sind.

Recht auf Widerspruch

Sie haben das Recht, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten einzulegen, die Ihre Person betreffen.

Recht auf Datenübertragbarkeit

Sie haben das Recht, personenbezogene Daten die im Rahmen der definierten Zweckbestimmung zu Ihrer Person verarbeitet werden, in einem strukturierten, gängigen maschinenlesbaren Format zu erhalten. Auf Wunsch können diese Daten durch unser Unternehmen auch direkt einem anderen Verantwortlichen offenlegt werden.

Recht auf Widerruf

Sofern sich die Verarbeitung personenbezogener Daten auf Ihre freiwillige Einwilligung gründet, so haben Sie jederzeit die Möglichkeit, Ihre Einwilligung zu widerrufen. Der Widerruf einer Einwilligung gilt für die Zukunft. Bereits abgeschlossene Verarbeitungsvorgänge bleiben vom Widerruf unberührt.

Beschwerderecht gegenüber der Aufsichtsbehörde

Für Beschwerden, die sich aus der Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen der genannten Zweckbestimmung ergeben, können Sie sich jederzeit an die zuständige Aufsichtsbehörde für den Datenschutz wenden.

Erforderlichkeit der Datenerhebung

Die Erhebung aller nicht optionalen Daten, sind für die Erfüllung der Zweckbestimmung erforderlich. Optionale Daten werden auf dem Erhebungsbogen als solche gekennzeichnet.

Automatisierte Entscheidungsfindung

Für Daten, die im Rahmen der definierten Zweckbestimmung erhoben werden, erfolgt keine Bewertung auf Basis automatisierter Entscheidungsfindung (z. B. Scoring).

Datenschutzbeauftragter

Herr Ulf Hillig | AWO Sachsen Soziale Dienste gemeinnützige GmbH | Georg-Palitzsch-Straße 10 |
01239 Dresden
Tel: 0351 2804800 | Fax: 0351 2804802 | datenschutz@awo-in-sachsen.de